

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Guinea-Bissau - 1991

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (1992) : Guinea-Bissau - 1991, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1991: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 108-110

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301823>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Guinea-Bissau - 1991

Fläche: 36 125 km², **Einwohner:** 1,02 Mio., **Hauptstadt:** Bissau, **Amtssprache:** Portugiesisch, **Schulbesuchsquote:** 37 %, **Wechselkurs:** \$ 1 = Peso (PG) 5 000, **Pro-Kopf-Einkommen:** \$ 180 (1990), **BSP:** \$ (173 Mio.) (?), **Anteil am BIP:** 46% - 16 % - 38 %, **Hauptexportprodukte:** Cashewnüsse 83%, Fisch 15%, **Staats- und Regierungschef:** João Bernardo Vieira, **Ministerpräsident:** Carlos Correia, **Regierungspartei:** Partido Africano da Independência de Guiné e Cabo Verde (PAIGC) und 10 **Oppositionsparteien.**

Unter internem und externem Druck schreitet die PAIGC und die Regierung auf dem Wege zur Demokratisierung zögernd voran. Die Opposition im Lande wird nach wie vor behindert. Zaghafte Ansätze zu einer politischen und ökonomischen Liberalisierung reichen nicht aus, um die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung zu verbessern.

Innenpolitik

Der zweite außerordentliche Parteikongreß der PAIGC in Bissau vom 20. 01. bis 01. 02. beschloß, formell mehr Demokratie zu wagen. Bei dem Ruf nach einem Mehrparteiensystem, freien Gewerkschaften, Streikrecht und einer freien Presse scheint es sich jedoch bei der Mehrheit der Kongreßmitglieder eher um unter externem Druck abgehandelte Lippenbekenntnisse gehandelt zu haben. Denn erstens siegten bei den (ersten geheimen) Wahlen der Politbüromitglieder die orthodoxen Hardliner innerhalb der Partei. Herausragende Vertreter eines liberalen Kurses, wie M. M. dos Santos (Staatsminister für Wirtschaft und Finanzen), M- R. Barcellos (Erziehungsminister) und S. L. Man, (Staatssekretär für Landwirtschaft) verloren dagegen ihren Sitz im Politbüro. Zweitens ließ die Partei in den folgenden Monaten nichts unversucht, um dem Demokratisierungsprozeß Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Die neue Zusammensetzung des Politbüros und des Zentralkomitees spiegelte sich in der darauf folgenden kleinen Kabinettsumbildung wieder (am 22.06. kam es als Folge eines andauernden Lehrerstreiks zu einer weiteren kleineren Kabinettsumbildung). Die Parteitagsbeschlüsse wurden auf der Nationalversammlung 04.05. umgesetzt: Abschaffung des Monopols der PAIGC, Abschaffung der Miliz (am 24.05., incl. Abschaffung der lästigen Straßenkontrollen auf den Überlandstraßen), Einrichtung eines Rates für Kommunikation (zur Einführung der Pressefreiheit) sowie Bestimmungen zur Gründung von neuen (Oppositions-)Parteien. Letztere sollten gemäß dem am 08.05. beschlossenen Parteiengesetz mindestens 2.000 eingeschriebene Mitglieder haben, davon mindestens 100 aus jeder der 9 Regionen. Diese Bedingungen wurden jedoch auf Druck der Opposition durch eine Entscheidung der Nationalversammlung vom 19.08. noch einmal nach unten revidiert: Demnach sind für die Anerkennung der Partei durch den Obersten Gerichtshof nur noch 1.000 eingeschriebene Mitglieder, davon je 50 aus den verschiedenen Provinzen erforderlich. Die neue Verfassung (vom 09.05) schließt das Recht auf freie

Parteiengründung, Gewerkschafts- und Pressefreiheit ein. Die Rechte der Gefangenen wurden verbessert. Am 01.10. beschloß die Nationalversammlung ein neues Pressegesetz, das unter anderem die Rechte und Pflichten der Journalisten festlegt. Die verfassungsmäßige Garantie der Menschenrechte entspricht jedoch nach Amnesty International immer noch nicht der internationalen Menschenrechts-Konvention. Die am 12.08. gegründete Menschenrechts-Liga, geleitet von Fernando Gomes, schrieb sich die Aufdeckung von Menschenrechtsverletzungen und die vollständige Erfassung aller politischer Gefangenen in Guinea-Bissau auf die Fahnen.

Einen Tag nach der Abschaffung des Einheitsparteiensystems (05.05.) organisierte die Opposition ihre erste öffentliche Demonstration gegen die Regierung, der sie vorwarf, keine wirkliche Demokratisierung anzustreben. Die Demonstration wurde von dem Sprecher der Nationalversammlung, Bernardino Cardoso, mit dem formalen Argument verboten, daß noch keine Oppositionspartei offiziell registriert sei. Sicherheitskräfte lösten daraufhin die Demonstration auf. Die Verfolgung und Behinderung der politischen Opposition dauerte - mit abnehmender Intensität - praktisch das ganze Jahr über an. Noch im August lösten Sicherheitskräfte eine von der Frente Democrática (FD) organisierte öffentliche Versammlungen auf, und im September wurden mehrere FD-Mitglieder verhaftet. Auch der Führer der Resistência da Guiné-Bissau-Movimento Baftá (RGB-MB), D. F. Gomes, für den die im Lande noch gültige Todesstrafe das wichtigste Hindernis einer nationalen Versöhnung darstellte, sowie die Partido da Convergencia Democrática (PCD) protestierten im September gegen die Verfolgung und Belästigung ihrer Mitglieder durch die Provinz-Verwaltung, die die Registrierung neuer Mitglieder (Vorbedingung für die offizielle Anerkennung der Partei) behinderte. Am 18.11. legalisierte der Oberste Gerichtshof die erste Oppositionspartei (die FD); am 27.12. folgte die Anerkennung zweier weiterer Parteien, der MB-RGB sowie der Frente Democrática Social (FDS) mit R. Barbosa. Damit waren im Dezember 3 der insgesamt 9 bestehenden Oppositionsparteien anerkannt.

Auch innerhalb der PAIGC artikulierten sich oppositionelle Strömungen. Im -September (18.09 und 28.09.) kritisierte eine "Gruppe 121" - an der ein Minister und mehrere Staatssekretäre beteiligt waren - öffentlich die mangelnde Flexibilität der Partei, Inkompetenz der Führer und Verrat an den Zielen der PAIGC. Präsident Vieira forderte daraufhin die "Gruppe 121" auf, die Partei zu verlassen, anstatt sie von innen zu unterminieren. Wie sehr die Partei noch "unbotmäßige Kritik" von außen und innen fürchtet wurde bereits im Juni deutlich, als Vieira bekanntgab, er wolle eine Reglementierung des (gerade per Verfassung gewährten) Streikrechtes einführen, um wilde Streiks zu vermeiden, die die Wirtschaft des Landes lahm legen könnten. Immerhin bewirkte zunehmende Kritik, daß die PAIGC auf ihrem 5. ordentlichen Parteikongreß am 18.12. sich zu einer grundlegenden Neustrukturierung und einer Öffnung der Partei für neue Mitglieder des liberalen Spektrums entschloß.

Außenpolitik

Der Grenzstreit mit Senegal war auch 1991 das zentrale außenpolitische Thema. Am 21.03. reichte Guinea-Bissau erneut Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Hag ein, die schließlich am 12.11. entschieden wurde: Die Richter bestätigten die Gültigkeit des Abkommens über die maritime Grenzziehung zwischen Frankreich und Portugal vom 26.04.60, was einem Sieg Senegals gleich kam. Nunmehr müssen die noch offenen Fragen der Wirtschafts- und Fischereizonen baldmöglichst geklärt werden. Bereits im März deutete eine Ansprache des Präsidenten Vieira in Mansoa, in der er die Separatisten in der Casamance (Süd-Senegal) aufforderte, ihre Waffen niederzulegen und ihre Konflikte mit der senegalesischen Regierung mit friedlichen Mitteln zu lösen, eine Verbesserung der Beziehungen zum Senegal an.

Am 30.09. kam es in Bissau zu Ausschreitungen der Bevölkerung gegen mauretanische Flüchtlinge, die hier seit 1989 zu Tausenden Schutz vor gewalttätigen Auseinandersetzungen in Dakar im Zuge des damaligen mauretanisch-senegalesischen Konfliktes gesucht hatten. Die aufgebrachte Menge zerstörte Läden und Warenlager der Mauretanier in Bissau, und etwa 3.000 Mauretanier flüchteten in das mauretanische Konsulat in Bissau. Dem schnellen Eingreifen der Polizei und Sicherheitskräfte war es zu verdanken, daß dieser Konflikt rasch beigelegt wurde.

Die traditionell guten Beziehungen zu Portugal wurden durch ein Abkommen über militärischen Zusammenarbeit (Militärtechnik, Kriegsmarine, Kommunikation) im Mai und durch verschiedene Fischereiabkommen seit 1989 weiter gefestigt. Portugal finanziert den Bau einer Fischereischule in Cacheu sowie eines Staatssekretariats für Fischerei und besitzt heute ein Drittel der Fischerrechte der EG in den Territorialgewässern Guinea-Bissaus. Im Oktober wurde ein zweijähriges Fischereiabkommen mit der EG unterzeichnet, daß u.a. die EG zur Zahlung von \$ 16 Mio für die Fischerrechte in diesem Zeitraum verpflichtet.

Auch im afrikanischen Rahmen entfaltet Guinea-Bissau 1991 außergewöhnliche Aktivität: am 07.04 wurde Staatspräsident Vieira auf dem Gipfeltreffen zentralafrikanischer Staaten (CEEAC) zum Vorsitzenden gewählt. Am 01.11. gab Vieira nach seiner Rückkehr vom ECOWAS-Gipfel in Yamassoukro (Côte d'Ivoire) bekannt, daß Guinea-Bissau sich mit einem nicht näher quantifizierten Kontingent an der ECOMOG-Truppe zur Befriedung Liberias beteiligen wird.

Sozio-ökonomische Entwicklung

Guinea-Bissau rangiert sowohl gemäß dem BSP/Kopf als auch gemäß dem "Index der menschlichen Entwicklung" der Vereinten Nationen von 1991 - einem Maßstab des sozialen Wohlergehens (Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate, Kaufkraft, etc) - auf einem der untersten Ränge der Weltliste (Platz 151 von 160). Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) kündigte nach einer Überprüfung der 29 UNDP-Projekte im Lande, die mit insgesamt \$ 19 Mio finanziert wurden, im Januar eine Steigerung seiner Hilfe um 45 % an. Die Verschuldung des Landes steigt indes weiter an: gemäß den neuesten verfügbaren Zahlen (1989) beträgt sie 274 % des BSP, die Schuldenrate (Verhältnis der Exporteinnahmen zum Schuldendienst) hat sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt und beträgt jetzt 43 %. Die Privatisierung der Staatsbetriebe im Rahmen des Strukturanpassungsprogramms (SAP) kommt allmählich in Gang: Am 07.03. beschloß das Kabinet die Privatisierung der ersten 9 unprofitablen Staatsunternehmen, insbesondere der Armazens do Povo (Volksläden), der nationalen Brauerei (Cicer) und des Fischereiunternehmens (Semapesca). Der Agro-Industrielle Komplex von Cumer, - ein Beispiel fehlgeleiteter Industrialisierungspolitik unter der Cabral-Regierung - soll an ein Konsortium unter ausländischer Beteiligung verkauft werden. Die Weltbank setzte indes im September die Überweisung der dritten Tranche des Strukturanpassungsdarlehens aus, weil die Regierung sich nicht an die Vereinbarungen, insbesondere zur Kürzung der Öffentlichen Ausgaben und zur Eindämmung der Inflation gehalten hatte. Die Geschäftsleute und Händler versuchen derweil die unattraktiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Lande durch Schmuggel (Devisen, Reis, etc.) und Schwarzmarkt zu umgehen. Gemäß unabhängigen sozio-ökonomischen Analysen der Auswirkungen des SAP haben bisher in erster Linie die höheren Staatsbediensteten und ponteiros (Staatsbedienstete mit Landkonzessionen) von dem Strukturanpassungsprogramm profitiert, und zwar auf Kosten der ärmeren Familien in Stadt und Land, die eine Unterminierung der öffentlichen Systeme sozialer Sicherung in Kauf nehmen mußten. Mehrere Streiks der Lehrer im Mai, Juni und Oktober sowie der Taxifahrer

wegen der abermals erhöhten Benzinpreise im September sind nur ein kleines Zeichen des zunehmenden sozialen Unfriedens. Ob die Einheitsgewerkschaft (UNTG), die am 23.05. auf ihrem ersten freien Gewerkschaftskongreß beschloß, sich aus der Umklammerung durch die PAIGC zu lösen, diesen Unfrieden kanalisieren kann, bleibt abzuwarten.

Dirk Kohnert

Chronologie Guinea-Bissau 1991

- 20.01. - 01.02. Außerordentlicher Parteikongreß der PAIGC; Beschluß der Trennung von Armee, Sicherheitsdienst und Gewerkschaften von der (Einheits-)Partei
- 04.05. Die Nationalversammlung beschließt das Gesetz zur Einführung des Mehrparteiensystems.
- 20.05. Die Nationalversammlung beschließt Verordnungen über die Kriterien zur Gründung neuer Parteien.
- 24.05. Miliz und Straßensperren auf den Überlandstraßen abgeschafft.
- 22.07. Kabinettsumbildung
- 12.08. Menschenrechtsliga gegründet.
- 15.08. Erste öffentliche Versammlung der Opposition in Bissau von Sicherheitskräften aufgelöst
- 19.08 Nationalversammlung revidiert Gesetz über Gründung neuer politischer Parteien
- 28.09. Dissidentengruppe innerhalb der PAIGC ("Gruppe der 121") kritisiert öffentlich die orthodoxe unflexible Linie der Partei.
- 29.09. Ausschreitungen gegen Mauretanier in Bissau.
- 01.10. Nationalversammlung verabschiedet neues Pressegesetz.
- November Die Weltbank setzt Entwicklungshilfe aus, weil Regierung Zusagen nicht eingehalten hat.
- 18.11. Erste Oppositionspartei (FD) legalisiert.
- 19.12. 5. ordentlicher Parteikongreß der PAIGC entscheidet sich für eine Partiestrukturierung und -Öffnung
- 27.12. Oberster Gerichtshof erkennt zwei weitere Oppositionsparteien an (SDF und MB-RGB)